

Die „Vorwärts“ redigiert täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Der Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend“. Der Preisvertrieb beträgt bei voller Abnahme im Voraus monatlich 21.— M. In den Monaten Februar, März und April, die die Vorwärts nehmen sämtliche Jahreshalter Forderungen entgegen. Unter Einbezug bezogen in Deutschland, Langen, das Camp und Kasselgebirg sowie die übrigen deutschen Gebiete, Spanien und Lissabon 25.— M., in das übrige Ausland 27.— M.

Der Jahressubskriptionspreis beträgt 120.— M. für Deutschland, 130.— M. für das übrige Ausland. Das Einzelheft kostet 1.50 M., das weitere 1.75 M. einschließlich Anzeigenbeiträge. Versandt: Anzeigen: 1000 Zeilen, 1000 Wörter, 1000 Buchstaben und Ziffern, 1.50 M., das weitere 1.75 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Verwaltung, Expedition und Verlag: Berlin 62, Weite Straße 100

VORWÄRTS

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Richtlinien zur Disziplinierung der Beamten

Der Friedensvertrag

Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, die Richtlinien zu veröffentlichen, die das Reichskabinett gemäß der Abmachung mit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten zur Regelung der Disziplinierung ausgearbeitet hat. Die Richtlinien wurden in der Kabinettsitzung am gestrigen Nachmittag beschlossen und haben folgenden Wortlaut:

- I. Das ordentliche Disziplinarverfahren wird eingeleitet gegen Beamte, die
 - a) Urheber des Streiks sind;
 - b) soweit sie Sabotage oder gewaltsame Eingriffe in den Betrieb ausgeführt oder andere Beamte an der Erfüllung ihrer Dienstpflicht durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt gehindert haben.
- II. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, soll nur auf Ordnungsstrafe erkannt werden, sofern sie alsbald zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zurückkehren. Geldstrafen sollen nur in Sonderfällen verhängt werden.
- III. Ueber das Dienst Einkommen während der Streiktage gilt § 14, Absatz 3 des Reichsbeamtengesetzes.
- IV. Soweit Disziplinarverfahren bereits eingeleitet sind, sollen sie im Rahmen der Grundzüge zu I nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergeführt werden.
- V. Die künftigen Beamten sollen nach gleichen Grundzügen behandelt werden.

Zur Erläuterung ist noch zu bemerken, daß als Urheber gelten nicht nur diejenigen Beamten, die an den Zentralkontrollstellen, sondern auch diejenigen, die im Reich in den Verwaltungsbezirken zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks hervorragend mitgewirkt haben. Kündbare Beamte, die unter Ia oder Ib fallen, sind zu entlassen. Soweit sie schon entlassen sind, werden sie nicht wieder eingestellt.

Das Beschwerderecht wird hierdurch nicht berührt. Die nicht unter Ia oder Ib fallenden künftigen Beamten werden zur Beschäftigung wieder zugelassen, auch wenn sie schon entlassen worden sind. Der Hinweis darauf, daß das Dienst Einkommen nach § 14, Absatz 3 des Reichsbeamtengesetzes geregelt werden soll, bedeutet, daß eine Bezahlung der Streiktage nicht erfolgt.

Das Kabinett beschloß weiter, auch gegen alle diejenigen Beamten vorzugehen, die sich einer Beschimpfung oder Verächtlichmachung gegen Beamte schuldig gemacht haben, die während des Streiks tätig waren.

Dieses ist also der Friedensvertrag, den die Reichsgewerkschaft unterschreiben mußte, ehe sie ihn noch kannte. Der Wortlaut dieser Richtlinien besagt zunächst nur das, was bereits bekannt war. Er kleidet den Inhalt der Abmachungen der Reichsgewerkschaft mit der Regierung in Formeln, von deren praktischer Anwendung es abhängen wird, wie sich dieser Friedensvertrag auswirkt. Der „Vorwärts“ aber erinnert heute daran, daß der Reichskanzler den Unterhändlern der Reichsgewerkschaft am Dienstagabend die Zusicherung gegeben hat, daß von den Mitgliedern des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft nur der Eisenbahn-Obersekretär K e n n e und der Lokomotivführer S c h a r f-

schwerdt vom Dienst suspendiert werden sollen. Dieses wären also die „Urheber des Streiks“, die unter Ia der Richtlinien genannt werden. Die Erläuterungen, die das „B. T.“ den fünf Punkten der Richtlinien hinzufügt, lassen indes erkennen, daß die Disziplinierungen nach diesen Richtlinien weit zahlreichere Opfer fordern werden. Als Urheber des Streiks sollen danach nicht nur diejenigen Beamten, die an den Zentralkontrollstellen gewirkt haben, sondern auch die lokalen und Bezirksfunktionäre der Reichsgewerkschaft gelten. Auch bei den künftigen Beamten geht man soweit, daß man zahlreiche entlassen und bereits entlassene nicht wieder einstellen will.

Es hat also den Anschein, als seien im Kabinett immer noch die Kräfte an der Oberhand, die die Beendigung des Eisenbahnstreiks als einen Sieg der Staatsgewalt über die Beamtenenschaft auszuweisen wollen. Es wird die Aufgabe auch der Reichstagsverhandlungen sein, diesen verderblichen Einfluß zurückzudrängen und die Regierung zu einer verständlichen Haltung zu zwingen. Eine Ausnutzung der Machtposition der Staatsgewalt gegen die zur Arbeit zurückkehrende Beamtenenschaft müßte sich über kurz oder lang wiederum gegen die Staatsgewalt selbst wenden, denn sie würde die ohnehin starke Erbitterung der Beamten in unberechenbarer Weise steigern.

Die scharfmacherischen Einflüsse in der Regierung, die für die Dauer zerstörend wirken müssen, werden selbstverständlich von der gesamten reaktionären Presse mit aller Kraft gestützt. Ein typisches Beispiel der Absichten und Wünsche der Reaktion gibt die „Tägliche Rundschau“. Zum Thema der Ausnutzung der Erfolge der Regierung gegenüber den Beamten schreibt dieses Blatt:

„Es hieße die Augen gegen alle Wirklichkeit künstlich verschließen, wollte die Regierung jetzt etwa so etwas wie die Lösung „keine Sieger und keine Besiegten!“ ausgeben; eine Lösung, die in jedem Kampf verhängnisvolle Lüge ist und die Niederlage unübersehbar heraufbeschwört. Es gibt nur Sieg oder Niederlage, und falls Herr Wirths Arbeiterstreik sich stärker erweist als Herr Groeners Wille zur Macht, wäre die tödliche Niederlage des Staatsgebodens vor der verbrecherischen Struppellosgkeit eines Klüngels von Hehern unumstößliche Tatsache, auch wenn morgen alle Lokomotiven pfeifen und alle Züge rollen.“

Demnach ist es also Herr Groener gelungen, durch sein Verhalten im Eisenbahnstreik das Wohlwollen dieser Richtung zu gewinnen, die ihn eben noch bekämpfte und seinen Rücktritt forderte. Sein „Wille zur Macht“ wird der „Arbeiterstreik“ des Reichstagslers gegenübergestellt. Der Stoß der Reaktion richtet sich auch hier gegen den Kanzler, der durch ein — relativ — verständliches Unterhandeln mit den Eisenbahnern das Ende des Streiks herbeiführen konnte. Behält die Richtung Groener im Kabinett und in der Verwaltung die Oberhand, dann werden die Beamten das zu fühlen bekommen. Es ist darum notwendig, daß die Arbeiterparteien im Reichstage einmütig und — außerhalb des hohen Hauses — die Spitzenorganisationen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten sofort ihre Stimme erheben, um mit aller Macht wenigstens die Richtung im Kabinett zu stützen, die immerhin zu einiger Milde bereit ist. Dem Stoß der Reaktion muß durch den Gegenstoß sofort geantwortet werden.

Land seien zu der Konferenz von Genua von dem gesamten Obersten Rat eingeladen worden. Frankreich habe folglich nicht eine Einladung anzunehmen oder abzulehnen, die in seinem Namen erfolgt sei. Doch habe es das Recht und die Pflicht, alle erforderlichen Garantien zu ergreifen, damit keines der Rechte, die auf Grund der Verträge in seiner Hand seien einschlechtig derer, die der Völkerbundrat ins Auge fasse, in Frage gestellt werde. In diesem Sinne werde augenblicklich die Tätigkeit der französischen Regierung ausgebaut.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besprach gestern in zwei Sitzungen die durch den Eisenbahnstreik und seinen Abbruch entstandene Lage. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß keine Kachepolitik getrieben werden solle, und daß die rasche Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten zu wünschen sei. Die Behauptung der T. U., die Beratungen seien „stürmisch“ verlaufen, entspricht nicht den Tatsachen.

Die Vorkonferenz trotz der notwendigen Anordnungen für die bevorstehende Auflösung der Militärkontrollkommission in Bulgarien und für die Errichtung eines Liquidationsorgans, welches die laufenden Geschäfte erledigen wird. Sie erörterte ferner verschiedene Fragen, welche sich auf die Strompolitik in Ungarn beziehen.

Die italienische Kabinettsbildung. Nachdem de Nicola die Kabinettsbildung abgelehnt hat, ist Orlando vom König damit betraut worden. Orlando hatte Besprechungen mit Abgeordneten der verschiedenen Parlamentsgruppen über die Lösung der Krise.

Hungernot in Armenien. In Armenien wütet eine schreckliche Hungernot. Zahllose Frauen und Kinder, nur in Lumpen gehüllt, suchen im Schnee ihre Nahrung.

Randbemerkungen zur Streifsbewegung

Zum Eisenbahnstreik stellt die „Vossische Zeitung“ die Frage: Sieg oder Niederlage? Sie beantwortet sie nicht, sondern schließt ihren mit einer Frage eröffneten Artikel mit der anderen Frage: Was ist die Wahrheit? Sie erwähnt einige Äußerungen rechtsreaktionärer Blätter, die mit heftigen Wendungen über die Regierung herfallen, ihre Haltung verurteilen, und eine Niederlage des Staates konstatieren. Sie zitiert auch unser Blatt und erklärt, wir hätten nicht gejubelt, so daß wohl von einem Sieg der Beamten keine Rede sein könne, also auch nicht von einer Niederlage des Staates.

Die „Vossische Zeitung“ beurteilt unsere Folgerungen aus dem Streik ziemlich richtig. Wir sind allerdings der Ansicht, daß zu einem Jubel über einen Sieg der Beamten kein Anlaß vorliegt, wenn man das materielle Ergebnis des Streiks in Erwägung zieht. Wie dürftig es ist, hat unser Genosse Aufhäuser bereits in der Morgenausgabe dargelegt.

Der Darstellung unseres Genossen Aufhäuser möchten wir einseitigen hinzufügen, daß der Streik der Eisenbahnbeamten durch die bloße Tatsache, daß er zustande kam, und fünf Tage durchgehalten werden konnte, für die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten und für die Bewegung ihrer Klasse in der Zukunft eine Bedeutung erlangen kann, die weit hinaus geht über die Bedeutung der bescheidenen Zugeständnisse, die den Beamten bei Abbruch des Streikes gemacht wurden. Der Streik der Eisenbahnbeamten ist der erste große Beamtenstreik, den die deutsche Arbeiterklasse erlebt. Durch ihn tritt die Beamtenenschaft endgültig ein in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Gewiß steht die Bewegung, auf die sich dieser Streik stützte, organisatorisch und taktisch in den ersten Kinderschuhen. Das ist der Grund dafür, daß materielle Erfolge im Augenblick nur in mäßigem Umfang erreicht werden konnten. Aber einst fiel das Wort, daß schon die Gründung des kleinste Arbeitervereins historisch bedeutender sei als die Schlacht bei Sedowa. Ähnlich zu bewerten ist nach unserer Ansicht die Tatsache dieses Streiks der Eisenbahnbeamten. Verstehen es die Beamten, sich die Erfahrungen dieses Streiks nach jeder Richtung hin zunutze zu machen, werden sie sich vor allem selbst dieser Bedeutung ihres Streiks bewußt, dann kann diesem Anfang einer tatkräftigen Beamtenbewegung eine glücklichere Fortsetzung sehr wohl folgen. Allerdings ist eine solche Auswertung des Eisenbahnbeamtenstreiks nur dann möglich, wenn sich auch die Beamtenenschaft organisatorisch, taktisch und geistig eingliedert in die breite Front der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Als am Sonntag trotz des Streikes der städtischen Arbeiter in einem großen Teil der Stadt die Wasserversorgung funktionierte, war überall, zunächst noch schüchtern, das Wort: Technische Nothilfe! zu vernehmen. Als am Dienstagabend, also noch vor der Wiederaufnahme der Arbeit, das elektrische Licht auf allen Straßen Berlins wieder brannte, wurde das gleiche Wort in weiten Kreisen der Bevölkerung schon lauter und sichlich im Tone der Befriedigung ausgesprochen. Am Montag kündigte Herr Voß an, daß er im Laufe von 24 Stunden mit Hilfe der Technischen Nothilfe auch die Gaswerke in Betrieb nehmen werde. Viele hielten das zunächst für einen Bluff zur Einschüchterung der Streikenden, gestern Abend glaubte man es bereits.

Und dieses ist eines der deprimierenden Merkmale dieses Streiks. Die Technische Nothilfe, die bis vor kurzer Zeit noch aus einem hilflosen Häuflein von Putschern bestand, ist durch diesen Streik endgültig auf die Beine gestellt worden. Sie hat sich in den Augen weiter Kreise der Bevölkerung als brauchbar erwiesen.

Wir haben die Technische Nothilfe seit dem ersten Tage ihrer Existenz auf das festigste bekämpft. Wir werden auch jetzt nicht unterlassen, sie als eine organisierte Garde von Arbeitswilligen zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Aber wir dürfen uns auch nicht darüber täuschen, daß durch die jüngste Leistung dieser Organisation der gesamten Berliner Arbeiterbewegung ein außerordentlich schwerer Schaden zugefügt worden ist. Die Idee der Technischen Nothilfe hat heute in viel weiteren Kreisen Sympathie als zuvor, und der Kampf gegen sie, den die Gewerkschaften trotz allem nicht unterlassen dürfen, ist dadurch außerordentlich erschwert worden.

Der Reaktion genügt aber diese Leistung der Technischen Nothilfe noch nicht. Die „Deutsche Tageszeitung“ besagt, daß die Regierung ganz ungenügend für die Technische Nothilfe gesorgt habe. Und im Zusammenhang mit dem städtischen Streik schreibt das Blatt:

Welche Autorität Staat und Regierung gegenwärtig besitzen, dafür spricht ja auch, daß der verbrecherische Streik der Berliner städtischen Arbeiter munter weitergeht. Auch das wäre nicht möglich, wenn die Reichsregierung gegenüber dem Eisenbahnstreik die Staatsautorität wirklich gewahrt hätte.

Die Technische Nothilfe als Mittel dieser von der „Deutschen Tageszeitung“ gewünschten Staatsautorität hat durch den Streik der städtischen Arbeiter in der Tat eine erhebliche Stärkung erfahren. Wir sagten schon, daß

Die Antwort Amerikas

Die Vereinigten Staaten gehen nicht nach Genua

CC. Paris, 9. Februar.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington gedrahlet, daß Präsident Harding heute Abend oder morgen früh auf die Einladung Jaliens zur Besichtigung der Konferenz von Genua antworten werde. Diese Antwort wird Freitag nachmittags unmittelbar nach ihrem Eintreffen veröffentlicht werden. Darin werde es heißen, daß die Vereinigten Staaten die Einladung in diesem Augenblick zwar nicht annehmen könnten, daß sie aber für die allgemeinen Fragen Interesse hätten, die auf der Konferenz besprochen werden sollen. Andererseits sei Amerika bereit, sein Bestes zu tun, um zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der Welt beizutragen. Präsident Harding werde die Lage so darstellen, wie sie wirklich ist, und wie sie sein sollte, und zwar vom Standpunkt der amerikanischen Regierung aus gesehen, wobei er es Europa überlassen werde, aus seinen Mitteilungen eine Reihe von Schlussfolgerungen zu ziehen.

Poincaré über Cannes und Genua

Paris, 8. Februar.

Nach einer Havasmeldung hat die Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Piquet Poincaré über den englisch-französischen Pakt, über die Konferenz von Cannes und über die Konferenz von Genua gehört. Der Ministerpräsident gab nach Rücksprache, wie es ihm die im Gang befindlichen Verhandlungen gestatteten, die vollständigsten Ausführungen. U. a. gab Poincaré Kenntnis von den in Cannes getroffenen Entscheidungen. Rußland und Deutsch-

